Mittwoch, den 31. Juli 1935
Nr. 207 Jahrgang 13

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem
Einzelnummer 10 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postscheck-Konto 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanska 4

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

Europäisches Mandat über Abessinien?

Ein neuer Vorschlag zur Regelung der Abessinienfrage. — Der Kaiser willigt ein?

London, 30. Juli. Hier wurde bekannt, daß dem Kaiser von Abessinien in Addis Abeba ein neuer Vorschlag unterbreitet wurde. Dieser Vorschlag sieht vor, daß Abessinien einem europäischen Mandat unter Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden würde, mit dem Vorbehalt jedoch, daß kein europäisches Land politische Vorrechte in Abessinien genießen würde. Die Integrität des abessinischen Staates würde in solch einem Falle voll aufrechterhalten werden und der abessinischen Regierung würde das Recht der freien Wahl seiner internationalen Berater zustehen. Der Kaiser von Abessinien soll erklärt haben, daß er bereit sei, die internationale Hilfe zur Beschleunigung der Zivilisation Abessiniens anzunehmen und darum entspräche dieser Vorschlag seinen Plänen.

Von Londoner Regierungsseite wurde zu dieser Meldung erklärt, daß ein solcher Vorschlag von England nicht gekommen sei. England stehe vielmher auf dem Standpunkt, daß zunächst der Vökerbundrat zur Abessinien-Frage Stellung nehmen müsse.

Unterredung Eden-Laval.

Paris, 30. Juli. Staatsminister Eden suchte am Dienstag nachmittag in Begleitung des britischen Botschafters den französischenMinisterpräsidenten und Außenminister Laval auf. An der Unterredung nahm der Generalsekretär des französischen Außenministeriums Leger und der Leiter der Völkerbundsabteilung im britischen Außenministerium, Strang, teil.

Paris, 30. Juli. Ueber die Unterredung, die Staatsminister Eden am Dienstag nachmittag mit Ministerpräsident Laval hatte, verlautet in gut unterrichteten französischen Kreisen, daß es sich um eine erste Fühlungnahme in der Abessinien-Frage gehandelt habe, und keine Entscheidungen getroffen worden seien. Das gehe schon aus der Ankündigung Lavals über dieFortsetzung der Besprechungen in Genf hervor. Immerhin sei der allgemeine Eindruck nicht ungünstig.

Ruhigere Beurteilung der Lage in Abessinien.

Addis Abeba, 30. Juli. In den maßgeblichen Regierungskreisen äußert man sich sehr befriedigend über die Teilnahme Italiens an der Genfer Völkerbundratstagung. Man sieht die Lage allgemein etwas entspannter an und erhofft eine friedliche Lösung. Man ist der Auffassung daß die Genfer Ratssitzung über Krieg oder Frieden entscheiden wird.

Für die Sicherheit der Fremden sind weitgehende Maßnahmen auf Wunsch des Kaisers getroffen worden, obwohl bisher sich noch kein Zwischenfall ereignet hat. So sind die Spezialpolizei und der Geheimdienst wesentlich verstärkt worden.

Weiter sind ebenfalls umfangreiche Maßnahmen getroffen worden, um der Spekulation vorzubeugen. Die Regierung hat z. B. den Kurs des englischen Pfundes einheitlich auf 13,50 Theresientaler festgesetzt. Das würde einem Goldwert von 22 Zloty entsprechen. Lediglich einige Banken zeigen eine gewisse Nervosität. Sie erheben bei dem Erwerb ausländischer Valuten von der Kaufmannschaft einen Aufschlag von 30 Prozent. Hiergegen haben aber bereits sämtliche Geschäfte energischen Protest eingelegt, dem sie im Laufe des Dienstag durch eine streikähnliche Schließung ihrer Büros und Geschäfte Nachdruck verliehen haben.

Litwinow in Genf eingetroffen.

Genf, 30. Juli. Außenkommissar Litwinow, der der Vorsitzende der Mittwoch beginnenden Tagung des Völkerbundrates ist, ist heute nachmittag in Genf eingetroffen.



Was wird Genf tun?

Die Augen der ganzen Welt sind heute auf Genf gerichtet, wo der Völkerbundrat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden ist. Der einzige Punkt der Tagesordnung ist der Streit zwischen Italien und Abessinien. Der Völkerbund soll Stellung nehmen zu der Beschwerde Abessiniens gegen Italien. Man ist gespannt, welchen Standpunkt der Völkerbund zu dieser für ihn heiklen Frage einnehmen wird.

Es ist zweifellos, daß die öffentliche Weltmeinung auf Seiten Abessiniens ist und man sagt sich mit Recht die Italiener haben in Abessinien nichts zu suchen. Auch die Großmächte möchten gern einen solchen Standpunkt einnehmen, aber dies offen einzugestehen, wäre nicht ganz diplomatisch. Zudem sind die Beweggründe, die die Regierungen von England und Frankreich dazu bewegen, Abessinien in Schutz zu nehmen, nicht so sehr humaner als egoistischer Natur. Man will Italien in Abessinien nicht Fuß fassen lassen, weil man darin eine Gefährdung der eigenen Interessen in Ostafrika erblickt. Das weiß sowohl Italien wie auch die anderen Kolonialmächte es wissen und deshalb das viele dunkle Gerede. Wenn es darum ginge, Abessinien aufzuteilen, o ja, da wären sie alle dabei, aber hier will Mussolini allein mit den Schwarzen fertig werden und daß wird ihm wahrscheinlich nicht gelingen. Aus verschiedenen Gründen.

England hat am Roten Meer und am Oberlauf des Nils so bedeutende Interessen, daß ihm das Protektorat einer andern Großmacht über die strategisch wichtigen Punkte dieses Gebietes nicht angenehm sein kann. Die Verbindung Gibraltar—Aden wird davon ebenso berührt wie die Linie Kap—Kairo. Die Franzosen haben 1898 bei Faschoda (zwei Jahre nach Adua) erfahren müssen, daß die Engländer Gefährdungen ihrer Verbindungslinien nicht leicht dulden. Daher müssen auch die Italiener damit rechnen, daß es ihnen nicht leicht gemacht werden wird, sich auf dem abessinischen Hochplateau festzusetzen. Denn dort liegt der Tanasee, der den Blauen Nil speist, und dieses Hochplateau beherrscht die Kreuzung der Wege vom Mittelmeer nach Indien und von Kairo nach dem Kap.

Italien besitzt in Ostafrika einige periphere Kolonien, aber es besitzt kein Zentrum. Dieses Zentrum sucht es in Abessinien, Italien hofft, eine Verbindung zwischen dem Mittelmeer und dem Roten Meer sowie dem Indischen Ozean, zwischen Syrien und Erythräa sowie dem Somaliland schaffen zu können.

Um Italien zu verstehen, darf man nicht vergessen, daß es vor vierzig Jahren in Abessinien eine schwere Niederlage erlitten hat. Der Zusammenbruch bei Adua die grauenhafte Niedermetzelung einer taktisch unglücklich eingesetzten Armee, lastet immer noch auf der italienischen Expansion in Afrika, wo noch heute die Kinder der Eingeborenen stolz auf diese Erinnerung sind. Wenn also Italien in Afrika eine Großmacht sein will — und das will es! — so muß es eine Revanche für das Unglück dort suchen, wo das Unglück stattgefunden hat.

Im Jahre 1923 ist Abessinien Mitglied des Völkerbundes geworden. Die italienischen Delegierten gehörten damals zu denen, die seinen Eintritt lebhaft befürworteten. Es ist nicht ohne Interesse, festzustellen, daß damals die englischen Delegierten der Zulassung Abessiniens aus denselben Gründen am stärksten widersprachen, die Italien heute gegen die Abessinier anführt: Fortbestehen der Sklaverei, ungenügende Festsetzung der Grenzen usw. Vielleicht hatte England damals besondere Gründe — der Oberlauf des Nils — um sich der Zulassung Abessiniens als gleichberechtigtes Mitglied der Genfer Institution zu widersetzen. Wie dem auch sei, Abessinien wurde aufgenommen. Und es wird noch schwieriger sein, Abessinien auszuschließen als seinerzeit die Durchsetzung seiner Aufnahme war. So ist der Völkerbund in einen Konflikt verstrikt, bei dem er sehr viel zu verlieren und kaum etwas zu gewinnen hat.

Es wird sich zeigen, ob die Männer von Genf den Mut haben werden, sich zu der Institution, die sie vertreten und zu dem was sie aus ihr gemacht haben, zu beken[illegible] aber nicht. [illegible] diesen Erwägungen heraus ist auch

Zwei Grubenunglücke in Oberschlesien.

Gestern vormittag um 10.20 Uhr wurden auf der Hillebrand-Grube in Nowa Wies bei Chorzow infolge Kohlenbruchs in einem Umkreis von 12 Metern vier Bergleute verschüttet. Die Rettungsaktion dauert an.

Ebenfalls durch Kohlenbruch wurden auf der Friedens-Grube in Neu-Beuthen zwei Bergleute verschüttet. Einer von ihnen erlitt einen Schädelbruch und wurde in hoffnungslosem Zustande ins Lazarett geschafft. Der zweite wurde schwer verletzt.

Die Kürzung der Arbeitszeit.

Genf, 30. Juli. Das Internationale Arbeitsamt sandte den Regierungen der Mitgliedsstaaten sämtliche Dokumente zu, die von der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz in Angelegenheit des Abkommens über die Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden ausgearbeitet wurden. Der Abkommensentwurf über die Kürzung der Arbeitszeit lautet: Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Abkommen ratifiziert, ist mit folgenden Verpflichtungen einverstanden: 1. Der Grundsatz der 40-Stunden-Woche wird in einer Weise geltend gemacht, daß dadurch nicht eine Senkung des Lebensstandards der Arbeiter herbeigeführt wird, 2. mit der Annahme und Unterstützung aller Maßnahmen, die zur Erreichung dieses Zieles für geeignet angesehen werden würden, sowie mit der Verpflichtung der genauen Geltendmachung dieses Grundsatzes in verschiedenen Berufskategorien auf Grund der detaillierten Dispositionen, die durch die betreffenden von den Mitgliedern ratifizierten Abkommen getroffen werden.

Diesem Abkommen ist eine Resolution angefügt, die deutlicher darauf hinweist, daß die Geltendmachung des Grundsatzes der Arbeitszeitkürzung nicht die Herabsetzung des Wochen-, Monats- oder Jahreslohnes der Arbeiterschaft bewirken darf. Die Resolution appelliert überdies an die einzelnen Regierungen, direkte Abkommen zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zu unterstützen und die Erledigung allfälliger Streitfälle im Wege der zuständigen Organisationen für Lohnfragen zu ermöglichen.

Deutscher Protest in Washington.

Washington, 30. Juli. Unterstaatssekretär Philipps teilte in der Pressekonferenz am Dienstag mit, daß der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat Leitner, wegen des Flaggenzwischenfalls auf dem Dampfer „Bremen" schriftlich und formell protestiert habe. Die amtliche Stellungnahme wurde verschoben, bis die Note übersetzt und der Sachverhalt geprüft ist.

die Stimme der englischen Sozialisten von großer Beachtung, weil sie im Gegensatz zu den konservativen bürgerlichen Kreisen mit großer Schärfe und Entschiedenheit darauf hinweisen, daß der Konflikt in Abessinien und die heutige Ratstagung nicht eine rein außereuropäische Angelegenheit ist. „Der Völkerbund“, so schreibt der „Daily Herald“, das Blatt der englischen Arbeiterpartei, „habe nur eine Wahl: „Do or Dien“ — Handeln oder sterben.

Die Sätze, mit denen er diesen Standpunkt begründet, verdienen wegen ihrer Entschiedenheit zitiert zu werden, schon deshalb, weil die Labour-Party durch die noch in diesem Jahre bevorstehenden englischen Parlamentswahlen wieder zu einem entscheidenden Faktor der Weltpolitik werden dürfte. Das Blatt schreibt:

„Es kann keine Frage sein, daß es die Absicht der Gründer des Völkerbundes war, die Sicherung des Friedens und die Vermeidung des Krieges zu seinem Hauptzweck zu machen. Das Grundprinzip ist, daß jeder, der ein Mitglied des Völkerbundes angreift, sich mit dem gesamten Völkerbunde im Kriege befinden wird.

Angenommen, daß die Völkerbundsatzung (wie die Verteidiger Mussolinis sagen) sich nicht auf außereuropäische Gebiete bezieht, wie kann man dann noch erwarten, daß sie in Europa Geltung hat? Wenn Abessinien außerhalb des Gesetzes gestellt wird, was spricht dann dagegen, daß auch Litauen außerhalb des Gesetzes steht? Wenn die Macht Italiens zu gefährlich für eine Maßnahme des Völkerbundes ist, wie steht es dann mit der Macht Deutschlands? Wenn Italien das Recht zur Expansion mit kriegerischen Mitteln hat, warum soll dann Deutschland nicht auch berechtigt sein, aus seinen ökonomischen Schwierigkeiten den Ausweg einer gewaltsamen Expansion auf Kosten seiner Nachbarn zu suchen? Wenn der Völkerbundpakt im Falle Abessiniens durchbrochen wird, ist das Gesetz des Völkerbundes tot. Die Liga mag weiterexistieren, als eine Art diplomatischer Börse, aber sie verschwindet als Fundament des Gesetzes und als Instrument der Friedenssicherung. Man kann keinen Völkerbund haben, der Deutschland im Schach hält, aber Italien freie Hand läßt.“

Abessinien stammt von dem geschichtlichen Worte „abyssos“ ab und das bedeutet „Abgrund“. Es wird sich dieser Tage erweisen, ob die Kultur des Abendlandes eine Brücke finden wird, um über diesen Abgrund, an den sie gelangt ist, hinwegzukommen. Abenteurer und politische Seiltänzer können sich darin leicht den Hals brechen. Wir werden sehen, ob der Völkerbund genug Autorität und Courage zeigen wird, um solche Abenteurer und politischen Jongleure zur Vernunft zu rufen.

Die Regierungskrise in Holland.

Wiederannäherung zwischen Colijn und den Katholiken.

Dem Haag, 30. Juli. Ministerpräsident Colijn, der mit der Kabinettsbildung erneut beauftragt wurde, setzte den ganzen Tag über seine Bemühungen zur Bildung der Regierung fort. Von den am Dienstag abgehaltenen Besprechungen wird besondere Bedeutung einer längeren Unterredung beigemessen, die Dr. Colijn mit dem katholischen Parteiführer Goseling hatte. In politischen Kreisen wächst die Ueberzeugung, daß zwischen Colijn und der katholischen Partei eine Wiederannäherung zustande kommen wird.

Dem Haag, 30. Juli. Amtlich wird bekanntgegeben, daß Ministerpräsident Dr. Colijn den ihm von der Königin erteilten Auftrag zur Bildung einer außerparlamentarischen Regierung auf möglichst breiter Basis angenommen hat. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird voraussichtlich schon im Laufe des morgigen Tages bekanntgegeben werden.

Kein Ehrenschutz für Hitler als Führer

Bedeutsame Entscheidung eines Obersten Gerichts in Holland.

In der Weltpresse wird ein von dem Obersten Gericht in Maastricht (Holland) gefälltes Urteil sehr hervorgehoben. Ein Journalist war wegen eines Artikels, in dem die politischen Leistungen Hitlers einer abfälligen Kritik unterzogen waren, nach dem Gesetz zum Schutz der Ehre ausländischer Staatsoberhäupter und Regierungsmitglieder angeklagt. Das Gericht kam zu einem uneingeschränkten Freispruch. Sehr bemerkenswert ist die dafür gegebene Begründung. Es heißt darin: „Es wird immer übersehen, daß der deutsche Reichskanzler selbst stets betont, daß er in erster Linie „Führer“, also oberster Leiter der NSDAP, ist, die, wie schon aus dem Titel hervorgeht, eben eine politische Partei ist. Erst in zweiter Linie ist er dann Reichskanzler und Staatsoberhaupt und damit die repräsentative Persönlichkeit des deutschen Volkes und Reiches. Ueberdies anerkennen auch die deutschen Reichsgesetze als Staatsoberhaupt nur einen „Reichspräsidenten“ und als Regierungsmitglieder nur Minister mit einem Ministerpräsidenten. Nirgends aber ist im Gesetz festgelegt, daß die Führer politischer Parteien in dieser Eigenschaft jenen Ehrenschutz genießen, der Staatsoberhäuptern und ausländischen Regierungsmitgliedern zusteht. Aus diesem Grunde müssen sich Führer politischer Parteien eine Kritik, und sei es auch eine abfällige, gefallen lassen. Daher war im gegenständlichen Fall mit einem Freispruch vorzugehen.“

Bauernputsch gegen Regierung Stauning

Eine Aktion der Gutsbesitzer gegen die sozialistische Regierung Dänemarks. Stauning lehnt die Bauernforderungen ab.

Kopenhagen, 30. Juli. Den dänischen Grundbesitzern, denen die sozialistische Regierung unter Führung von Stauning schon immer ein Dorn im Auge war, ist es gelungen, einen Teil der Landwirte gegen die Regierung aufzuputschen und einen Bauernmarsch nach Kopenhagen zu organisieren. Eine Bauernabordnung wurde am Montag in einer viertelstündigen Audienz vom König empfangen, dem sie ihre Forderungen unterbreitete. Doch verwies der König die Landwirte an den Ministerpräsidenten Stauning, der die Bauern dann ebenfalls empfing. Die Bauern ließen verlauten, daß falls ihre Forderungen von der Regierung nicht angenommen werden, sie einen Produktionsstreik proklamieren, d. h. das Land nicht anbauen würden.

Die dem Ministerpräsidenten Stauning übermittelten Forderungen der dänischen Landwirte wurden noch am gleichen Tage auf einem aus anderem Anlaß einberufenen Ministerrat behandelt. Wie der Ministerpräsident hierzu Pressevertretern mitteilte, wurden in dieser Frage Beschlüsse irgendwelcher Art nicht mitgeteilt und auch keine Antwort auf die Forderungen aufgesetzt. Stauning erklärte u. a. weiter, daß Forderungen dieser Art noch die von einem Wirtschaftszweig gestellt worden seien. Ihre Erfüllung sei sehr schwierig, wenn die Bestimmungen der Verfassung eingehalten werden sollen. Es gebe Pläne, über die er sich ohne Schwierigkeiten mit der Landwirtschaft einigen könne, falls diese Vertreter benennen, die auf dem Boden der Wirklichkeit ständen. Stauning bezeichnete die Mitglieder der Abordnung als schlechte Fürsprecher und erklärte, daß die Organisation, die am Montag das Wort führte, nur 27 v. H. der landwirtschaftlichen Bevölkerung vertrete. Ein Produktionsstreik würde dem Lande schaden und die Landwirtschaft weit schwerer treffen, als die wortführenden Gutsherren einzusehen schienen.

Inzwischen hat auch der „Wirtschaftsausschuß des Zusammenschlusses der Landwirtschaft“, wie sich die Organisation der Landwirte nennt, zu der durch die Haltung des Ministerpräsidenten geschaffenen Lage Stellung genommen. In einer Mitteilung heißt es, nachdem der Ministerpräsident sich geweigert habe, an einer Durchführung der Forderungen der Landwirtschaft im Reichstag mitzuwirken, habe der Wirtschaftsausschuß entsprechend den ihm gegebenen Vollmachten einstimmig beschlossen, die zur Durchführung der Forderungen notwendigen Maßnahmen ins Werk zu setzen. Sobald die Pläne ausgearbeitet seien, werde eine entsprechende Mitteilung erfolgen.

Nichtarier in der Ersatzreserve.

Berlin, 30. Juli. Im Reichsgesetzblatt wird eine Verordnung des Reichsinnenministers und des Reichskriegsministers über die Zulassung von Nichtariern zum aktiven Wehrdienst veröffentlicht. Personen, deren beide Eltern jüdischen Blutes sind oder die drei jüdische Großelternteile haben, werden zum aktiven Wehrdienst nicht herangezogen. Soweit sie wehrfähig sind, werden sie ausnahmslos der Ersatzreserve II überwiesen. Ausnahmen können für Nichtarier zugelassen werden, die nicht mehr als zwei voll nichtarische, insbesondere jüdische Großelternteile haben.

Bankprozeß in Breslau.

Breslau, 30. Juli. Die Breslauer 7. Strafkammer fällte am Dienstag nachmittag nach zweitägiger Verhandlung das Urteil in dem Prozeß gegen das Bankhaus M. O. von Stein und verurteilte den 71jährigen Angeklagten Max von Stein wegen Konkursverbrechens, Vergehen gegen das Depotgesetz und fortgesetzter schwerer Untreue zu 2 Jahren schwerem Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Der Mitangeklagte Hans Schold, der die Führung des Bankhauses mit innehatte, wurde, da er geistig nicht vollwertig ist, unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Vom Tode zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Berlin, 30. Juli. Die Justizpressestelle teilt mit: Der Führer und Reichskanzler hat die vom Schwurgericht Gießen gegen die am 29. August 1899 geborene Ehefrau Katharina Ortwein erkannte Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus im Gnadenwege umgewandelt. Frau Ortwein hatte am 10. Juli 1934 ihren Ehemann ermordet. Sie ist Mutter von 8 unmündigen Kindern.

Militärgerichtsprozeß in Wien.

Wien, 30. Juli. Vor dem Wiener Militärschöffengericht begann heute ein Prozeß gegen 8 Infanteristen, die wegen kommunistischer Propaganda angeklagt sind.

Riesenzollaffäre in Frankreich.

Paris, 30. Juli. Nachdem in der vergangenen Woche das geheimnisvolle Verschwinden einer aus Le Havre ausgegangenen Waffensendung die französische Polizei in Aufruhr versetzt hatte, wurde am Dienstag eine großangelegte Zollschiebung gemeldet, die wiederum Le Havre zum Ausgangspunkt hat. Diesmal sind die französischen Steuerbehörden um über 150 Millionen Frank geschädigt worden. Seit über 2 Jahren hatte es eine über ganz Frankreich verzweigte Organisation fertiggebracht, von Le Havre aus verschiedene Maschinen, elektrische und Radioapparate und Einzelteile, ohne einen Cent Zoll zu bezahlen, einzuführen und das zwar nicht verbotene, aber doch in der Einfuhr beschränkte Material im ganzen Lande abzusetzen. Erst in den letzten Tagen gelang es der Polizei, hinter die Schliche der Zollschiebung zu kommen. Eine weitgehende Untersuchung ist eingeleitet worden.

Neuer französischer Kreuzer.

Paris, 30. Juli. Ein neuer Kreuzer wird am Mittwoch in Lorient vom Stapel laufen. Er wird auf den Namen Jean de Vienne getauft, des Admirals, der im 100jährigen Krieg mit England die französische Kriegsflotte aufbaute.

Nach sechzehn Jahren.

Wiederaufnahme des Grenzverkehrs zwischen Rumänien und Sowjetunion.

Vor sechzehn Jahren, als von der Ukraine rote Truppen heranrückten, um in Bessarabien einzumarschieren, sprengten die Rumänen die große Stahlbrücke von Bendery; damit wurde der Ost- und Westverkehr und der Nord-Süd-Schiffsverkehr auf dem Dnjestr unterbunden. Während sechzehn Jahren vermissen die bessarabischen Bauern die Märkte jenseits des Grenzstromes von Tiraspol, Kijew, Charkow bis Odessa, als natürliches Absatzgebiet ihrer Bodenprodukte, daß ihnen der großrumänische Agrarstaat nicht zu ersetzen vermochte. Auch die russischen Grenzbewohner vermißten die Möglichkeit, um über die Grenze Verkehr zu pflegen.

Nun aber soll das anders werden. Sowjetunion und Rumänien haben das Kriegsbeil begraben. Nicht mehr wird auf die Verwegenen geschossen, die zur Sommerszeit über den Dnjestr schwimmen oder im Winter sich über die Eisdecke wagen. Zwar ist noch nicht genügend Geld zum Wiederaufbau der Verbindungsbrücke von Bendery vorhanden, aber mit vereinten Kräften ist auf beiden Ufern schon mit der Räumungsarbeit der eingestürzten Brückenruine begonnen worden, und am Fährseil gleitet der geräumige Nachen hin- und herüber. Die bessarabischen Bauern gehen wieder nach Rußland zum Markte, und gläubige Russen wallfahren zu den alten Ikonen von Bendery und Kischinew. Sowjetkommissare verhandeln eifrig mit dem rumänisch-bessarabischen Großhandel, um den Warenaustausch neu zu regeln. Mit französischem Kapital soll eine neue, bedeutend größere Brücke gebaut werden, die neben den zwei Bahngleisen zwei Fahrbahnen für Autos und Fußgängersteige aufweisen wird.

Französische Frontkämpfer in Moskau.

Moskau, 30. August. Am Dienstag ist eine Abordnung französischer Frontkämpfer in Moskau eingetroffen. Unter ihnen befinden sich vier Kammerabgeordnete. Sie wurden auf dem Bahnhof von Vertretern der Sowjetbehörden und dem französischen Botschafter empfangen.

Kommunisten verbrennen Trikolore.

Paris, 30. Juli. Kommunisten, die in Bello vor dem Hause des Bürgermeisters demonstrierten, verbrannten die Trikolore, die über den Freiheitsbaum auf dem Marktplatze wehte.

Gefesselte Freiheit in Ungarn.

Der Abgeordnete der nordungarischen Stadt Papa Dr. Dezider Sulyog hat seinen Austritt aus der Regierungspartei angemeldet. In einem Briefe erklärt er, daß er weder die soziale, noch die wirtschaftliche Politik des Ministerpräsidenten unterstützen könne und sich auch dessen Auffassung über die Regelung des Wahlrechtes nicht zu eigen machen könne. Er stimme schließlich auch nicht mit Gömbös' außenpolitischer Linienführung überein. Diese halte sich nicht die künftige Gestaltung derStaatengemeinschaft im Donaubecken vor Augen und lasse sich nicht von objektiven Gesichtspunkten, sondern von persönlichen Erwägungen des Ministerpräsidenten leiten. Auch die heute in der Regierungspartei geforderte Disziplin wäre wohl in militärischen Formationen am Platze, im Rate des Landes aber könne die freie Meinungsäußerung nicht dermaßen in Fesseln geschlagen werden.

Freundschaft, die nicht verpflichtet!

Als die Nationalsozialisten die Freie Stadt Danzig politisch „eroberten", konnten sie nicht genug gegen die Systemparteien wettern, die Danzig „durch ihre Katastrophenpolitik an den Rand des Abgrunds herabgewirtschaftet" und es nicht verstanden haben, mit dem polnischen Nachbarn in gutes Einvernehmen zu kommen. Danzig sollte gewissermaßen die Brücke der Verständigung zwischen Warschau und Berlin sein und zur allgemeinen Ueberraschung wurden denn auch zwischen Danzig und Warschau bald Fäden gesponnen. Der Nationalsozialist und Senatspräsident Dr. Rauschning machte Polen seine Aufwartung in Warschau, bald darauf kamen auch einige Abkommen zustande, die die berechtigte Annahme zuließen, daß die Streitfragen zwischen Danzig und Polen nunmehr auf direktem Wege erledigt werden und sich bald so etwas, wie eine Danzig-polnische Freundschaft herausbilden werde. Es war gewissermaßen der erste Triumph der Nazipolitik nach der Okkupation der Freien Stadt Danzig durch die Nazis. Das hinderte den Senatspräsidenten Dr. Rauschning aber nicht, Freunde für Danzig auch in Sowjetrußland und England zu werben, um auf alle Fälle vor etwaigen außenpolitischen Ueberraschungen polnischerseits gesichert zu sein; diese Tatsache geht aus einem späteren Briefwechsel Rauschnings mit seinen früheren Parteifreunden hervor, was naturgemäß in Warschau nicht unbekannt blieb. Aber man baute in Danzig auf diese polnische Freundschaft, zumal sie durch einige Jagdbesuche noch gefestigt wurde.

Hoch schlugen dann die Danziger Naziherzen, als im Januar 1934 auch der deutsch-polnische Nichtangriffspakt zustande kam. Man war sicher, daß nunmehr die Freundschaft zwischen Warschau und Berlin auch der Freien Stadt Danzig zugute kommen werde. Aber die Nazipolitik in Danzig ist inzwischen bereits auf Irrwege geleitet worden. Der Nazigauleiter, Hitlers offizieller Geschäftsträger in Danzig Reichstagsabgeordneter Forster, machte eine andere Verständigungspolitik, als sie dem Danziger Senat lieb war. Die Differenzen häuften sich, so daß Rauschning eines schönen Tages abgesetzt wurde und Greiser an seine Stelle kam, der ein vollständig willfähriges Werkzeug Forsters wurde. Während Rauschning immerhin noch ein Mann war, der etwas von Verwaltungstechnik verstand und sich auch sonst in der Staatspolitik auskannte, erstreckte sich das Wissen Greisers im besten Falle auf die Zivilprozeßordnung, die ihn ja in früheren Jahren bis zum Offenbarungseid führte, was nicht ausschloß, daß Greiser nach dem Währungsverfall in Danzig Villenbesitzer wurde, schließlich eine Sache, von der nicht weniger als 55 andere Nazigrößen „mitbetroffen" sind.

Polnischerseits wurde die deutsch-polnische Verständigung immer in dem Sinne aufgefaßt, daß sie zum Schutz gegenseitiger Interessen bestehe, den Frieden aufrecht erhalte und daß dadurch eventuelle Konflikte ohne kriegerisch Auseinandersetzungen beglichen werden, wofür sich Deutschland verpflichtete, auf etwa 10 Jahre die Grenzprobleme nicht zu erörtern, wobei natürlich Danzig mit eingeschlossen war. Ausdrücklich wurde damals vereinbart, daß deutsche Reichsinteressen in Danzig nicht berührt werden und alle anderen Fragen dem direkten Ausgleich zwischen Danzig und Polen unterliegen. In der Zwischenzeit hat es sich aber gezeigt, daß der Danziger Senat in seiner Politik die Direktiven von Berlin erhielt, daß dort Bestrebungen sich geltend machten, die so etwas wie die Rückkehr Danzigs zum Reich in Erwägung zogen, da sich der Freistaat doch nicht allein erhalten könne und seine Politik auswärtigen Faktoren unterliege, wobei auf Polen hingewiesen wurde. In Warschau waren diese Tendenzen nicht unbekannt, doch man wartete ab. Schon nach wenigen Monaten stellten sich aber die Folgen der Bankrottwirtschaft ein und eines Tages überraschte die Danziger Naziregierung Polen mit der Abwertung des Gulden.

Warschau war bereit, zu helfen, allerdings unter der Bedingung, daß der Gulden dem polnischen Zloty als Währungseinheit angepaßt werde, welche Bedingung jedoch von Danzig abgelehnt wurde. In Danzig erwartete man, daß der Berliner Besuch des polnischen Außenministers auch zu einer Entlastung in Danzig beitragen wird, was allerdings nicht eintrat. Die Presse im Reich nahm den neuesten Konflikt zwischen Danzig und Warschau außerordentlich ruhig hin, obgleich die Enttäuschung in Berlin über die polnische Freundschaft gegenüber Danzig in der Berichterstattung deutlich zum Ausdruck kam. Polen hat eine Reihe von Verordnungen erlassen, die die Danziger Wirtschaft schwer treffen. Polen beruft sich hierbei auf den Wortlaut der Verträge, während demgegenüber die Nationalsozialisten aus diesen Verträgen etwas anderes herauslesen.

Der Danzig-polnische Konflikt nimmt in den letzten Tagen immer schärfere Formen an. Polen besteht bei seinen Verordnungen, die Nazis sehen in diesen Maßnahmen gewissermaßen ihre Todesurkunden und wollen nicht nachgeben. Die Lage spitzt sich zusehends zu, nicht ohne Schuld der Nationalsozialisten, die von ihrer Verständigungspolitik mit Warschau so begeistert waren und nicht erkannten, daß Freundschaftsabsichten und Staatsinteressen zwei sehr verschiedene Faktoren sind. Die Enttäuschung der Danziger Nazis ist umso größer, als alle Hilferufe nach Berlin von dort unbeantwortet blieben; man erklärt dort mit einem Male, sich nicht mehr in die Interessen des Freistaates einmischen zu wollen, dessen Politik man noch bis vor einigen Tagen bestimmt hat. Polnischerseits hegt man Zweifel, ob die Regierung Danzigs fähig sein werde, aus dem heutigen Verfallszustand herauszukommen und trifft Maßnahmen, die Danzigs Wirtschaft außerordentlich schwer treffen. Im Augenblick ist nicht zu sehen, wie hier ein Ausgleich gefunden werden soll. Jedenfalls haben die Danziger Nazis auf Befehl von Berlin bewiesen, wie unfähig sie sind, den Danziger Freistaat und das Wohl seiner Bürger zu wahren, und hier gibt es nur einen Ausweg: Abtreten, Neuwahlen zum Volkstag ausschreiben und einer neuen Regierung das Ruder überlassen! Knapp nach zwei Jahren Naziwirtschaft in Danzig hat man sich totgesiegt!

Mandate, Volksgemeinschaft und Bruderkrieg!

Wir haben uns an dieser Stelle wiederholt mit der Mandatsjagd der deutschen „Volksgenossen" beschäftigt, die in den letzten Tagen ihren Höhenpunkt erlangte, als „Landesführer" Wiesner die anderen Richtungen zu einer gemeinsamen Tagung einlud, um so etwas wie eine deutsche Einheitsfront zu den Wahlen zu bilden. Die Tagung ist nicht zustande gekommen, weil man sich über die Bedingungen nicht einigen konnte und aus einem von der bürgerlichen Presse veröffentlichten Briefwechsel ersichtlich ist, daß Landesführer Wiesner den Bruderkampf nicht einmal während der Wahlzeit ruhen lassen wollte. Es ist interessant, in den Briefwechsel zwischen den Jungdeutschen und dem Rat der Deutschen in Polen einen Einblick zu tun, um die Geistesverfassung dieser Schöpfer der „Volksgemeinschaft" zu beurteilen, wie sie sich in ihren Köpfen widerspiegelt. Man kann das Entgegenkommen des „Rates der Deutschen" begreifen, daß sie selbst auf Mandate zugunsten Wiesners verzichten würden, wenn die Jungdeutschen nur einmal Ruhe geben wollten. Hingegen können sich die Jungdeutschen eine „Bewegung" ohne Kampf gegen die anderen nationalsozialistischen Volksgenossen gar nicht vorstellen und glauben darum, auch während des Wahlkampfes losschießen zu müssen, damit die zweifelhaften Nazis aus dem deutschen Lager nicht zur Ruhe kommen.

Jedenfalls spiegelt sich hier die wahre „Volksgemeinschaft" wider, wie sie das Auslandsdeutschtum beherrschen soll, ganz nach dem Berliner Nazimuster, daß nur eine Partei die Totalität über das gesamte Deutschtum erlangt, worauf naturgemäß die Jungdeutschen den Anspruch erheben. Unsere Konjunkturnazis müßten nicht Systemleute sein, um sich für immer zu binden. Die Jungdeutschen bekennen in aller Offenheit, Nationalsozialisten zu sein, während es die Spießer nur aus der Zeit heraus sein wollen, um auf alle Fälle den Anschluß nicht zu verpassen, wenn es einmal im Reich mit Adolf Hitler schief gehen sollte. Da ihnen die Jungdeutschen aber diese Ruhe nicht lassen, so bitten sie um Gnade, wollen auf Mandate verzichten, wenn nur der Bruderkrieg aufhört, und hier können nun die Jungdeutschen nicht nachgeben, denn mit welchen Aufgaben sollen sie vor ihre Getreuen treten, wenn sie über die anderen „Volksgenossen" nicht mehr herfallen können. Also Bruderkrieg, denn das fördert die jungdeutsche „Volksgemeinschaft"!

Phantastische Pläne mit der Sahara.

In Nogent-sur-Marne ist dieser Tage ein Ausschuß gegründet worden, der sich ein phantastisches Ziel gesteckt hat. Er will nämlich — die Wüste Sahara mit Bäumen und Blumen bepflanzen, um dieses Riesengebiet, das größer ist als Europa, wieder der Kultur zugänglich zu machen. In vielen Zeitungen und Zeitschriften hat man sich über diese Absichten lustig gemacht. Wie viel oder wie wenig davon zu verwirklichen ist, ist aber nicht so wichtig wie die Tatsache, daß man dem Sandanstum der Sahara in irgendeiner Weise Einhalt gebieten will. Der Vormarsch der Wüste ist nämlich unerbittlich. Wissenschafliche Untersuchungen haben ergeben, daß das Ungeheuer Wüste langsam, aber sicher in jedem Jahr etwa einen Kilometer fruchtbaren Landes mit seinem glühendem Atem erstickt und unter seinen todbringenden Sandmassen begräbt. Die Oasen schwinden dahin, der Wasserspiegel der Brunnen sinkt von Jahr zu Jahr, so daß fortgesetzt neue kostspielige Bohrungen für artesische Brunnen unternommen werden müssen.

Die Untersuchungen ergaben aber noch etwas anderes. Man hat zahlreiche Spuren menschlicher Siedlungen entdeckt. Man fand Reste von Theatern, Tempeln, Wasserleitungen, Oelpressen und Talsperren. So hat man sichere Beweise dafür, daß dort einmal blühendes Ackerland und fruchtbare Gärten gewesen sein müssen, in denen Tausende von Menschen wohnten. Man will auch die große Wende festgestellt haben, durch die das Unheil über Nordafrika hereinbrach. Zur Zeit des spätrömischen Kaiserreiches war die Sahara so fruchtbar, daß man sie als Kornkammer der antiken Welt ansah. Im Jahre 238 nach Christi brach ein Bauernaufstand der Berber aus, bei dem Wasserleitungen und Talsperren zerstört und die fruchttragenden Bäume abgeholzt wurden. Dieser Sabotageakt, der den Römern die Lebensmöglichkeiten nehmen sollte, hatte geradezu furchtbare Folgen, denn die Herrschaft über das Land ging auf die Wüste über.

Immer wieder hat man sich nun mit der Frage beschäftigt, ob eine Wiederurbarmachung des dürren Bodens möglich sei. Im Jahre 1931 trat ein Münchener Architekt namens Sörgel mit dem Projekt hervor, durch Abriegelung des Mittelmeeres vom Atlantik bei Gibraltar und Errichtung eines Stauwerks vor den Dardanellen, das durch eine 73 Meter lange Schleusentreppe umgangen werden sollte, den Spiegel des Mittelländischen Meeres um 200 Meter zu senken. Dadurch sollte an den Mittelmeerküsten etwa 660 000 Quadratkilometer Land gewonnen werden. Der Niveauunterschied zwischen Atlantik und Mittelmeer sollte zur Errichung eines Kraftwerkes ausgenutzt werden, aus dem Sörgel 160 Millionen Pferdekräfte zu erzielen gedachte. Der Strom aus dem Gibraltarstauwerk sollte große Pumpenanlagen treiben und damit die Bewässerung der Sahara ermöglichen, durch die sechs Millionen Quadratkilometer anbaufähig werden sollten.

Um diesen Plan wurde es wieder still, aber man blieb nicht müßig. In Nigerig, in Algier und Lybien wurden ganze Barrieren von üppigem Pflanzenwuchs errichtet, die wie Deiche die Wasserfluten, so hier die Sandwellen abhalten sollen. Große Strecken wurden mit sandbindenden Gräsern bepflanzt, um das Vordringen des Wüstensandes zu verhindern. Die Hauptsache aber wird darin bestehen, das unterirdische Stromnetz unter der Sahara, das festgestellt wurde, freizulegen und die zur Regenzeit niedergehenden Wassermengen nutzbar zu machen. Die Wiedergewinnung der Sahara als Siedlungsland ist eines der gigantischsten Probleme neuzeitlicher Technik.

Banditen überfallen ein Dorf auf den Philippinen.

Aus Manila wird berichtet: In der Tayabas-Provinz auf der Insel Luzon überfielen Banditen den Gebirgsort Sanbueno. Zwei Personen wurden getötet, fünf verwundet. Der Ueberfall stellt einen Racheakt wegen der Ausgabe der Mitteilung an die Behörden bezüglich der Ermordung von zwei Dorfpolizisten dar.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Chojny. Donnerstag, den 1. August, findet um 7 Uhr abends eine Vorstandssitzung statt.



Die faschistische Kriegshetze.

Bei den kürzlich in Rom veranstalteten Massendemonstrationen wurde nicht nur die Annektion Abessiniens gefordert, sondern durch karikierende Plakate auch gegen England und Japan gehetzt.

Thomas Burians Rekordflug

Der Liebes- und Lebensroman eines Erfinders von Richard Heidrich

(12. Fortsetzung)

„Lieber Herr Burian, dieser Schluß, den Sie da aus dem angeblichen Entgegenkommen der Firma ziehen, macht Ihnen alle Ehre, aber er ist nicht ganz logisch durchdacht. Glauben Sie denn, die Herren in Lüneburg sind alles Stümper? Sie haben ihnen doch vorher Ihre Pläne vorlegen müssen. Und meinen Sie, man hätte Ihnen auch nur einen roten Pfennig zur Verfügung gestellt, wenn man nicht von dem Erfolg der ganzen Sache überzeugt gewesen wäre?"

„Darüber kann man geteilter Auffassung sein. In jedem Falle fühle ich mich der Firma verpflichtet und kann deshalb nicht auf Ihre Vorschläge eingehen, obwohl ich Ihnen persönlich gern einen Gefallen erweisen möchte."

Alter kaute nervös an seiner Zigarre. Herrgott, hatte dieser Mensch eine eigensinnige Auffassung!

„Ist das Ihr letztes Wort?"

„Mein letztes!"

Nun wurde es Alter doch ein wenig ungemütlich. Dieser Starrkopf wußte wahrscheinlich gar nicht, daß er mit seinen letzten beiden Worten an dem bisher festen Fundament der Alter-Werke gerüttelt hatte. Es war nun wohl unmöglich, ihn noch zu bekehren.

Aber halt, da war doch das bewußte Geständnis Evas. Sollte man diese persönliche Frage mit der geschäftlichen verknüpfen? In Alter stritten zwiefältige Empfindungen. Seine vornehme Natur lehnte es ab, diese intime Sache hier im Zusammenhang mit den rein geschäftlichen Auseinandersetzungen anzuschneiden. Aber Alter wußte als guter Kaufmann auch die Folgen der Weigerung Burians richtig abzuschätzen. Er wußte, daß die Zukunft seinner Werke und damit die Evas und dieses Heißsporns selbst gefährdet war, wenn man nicht zu einem anderen Resultat der Besprechungen kam. Und so entschloß sich Alter denn doch, den letzten Soldaten ins Gefecht zu führen.

„Mein lieber, junger Freund! Halten Sie das, was ich Ihnen jetzt zu sagen habe, nicht dem Fabrikherrn, sondern dem Vater zugute.

Als ich Sie zu dieser Zusammenkunft einlud, hat mir mein Mädel von ihrer Liebe gesprochen. Ich habe eine solche Entwicklung der Dinge schon damals in Flinsberg kommen sehen und war überzeugt, daß ich Ihnen meine Tochter anvertrauen könnte. Die Ereignisse dieser drei Jahre haben dazu beigetragen, meinen Entschluß zu festigen, nicht zuletzt auch Ihr durchaus korrektes und selbstbewußtes Handeln in dieser Angelegenheit. Unterbrechen Sie mich, bitte, nicht. Es wäre mir nie eingefallen, zu Ihnen darüber zu sprechen, besonders jetzt nicht, weil ich sehr wohl weiß, daß ein schiefer Eindruck hieraus entstehen könnte. Aber Sie wollen es einem alten Manne und Vater ,dem die Tochter alles gilt, nicht verargen, wenn er einmal zu einem ungewöhnlichen Mittel greift, um der Tochter, nicht ihm selbst, das zu erhalten, was in jahrzehntelanger harter Arbeit von ihm aufgebaut worden ist. Ich persönlich würde geschäftliche Mißerfolge zu ertragen wissen. Sie sind mir auch früher nicht erspart geblieben. Aber ich will an meinem Lebensabend die Zukunft meiner Tochter sichergestellt wissen. Und vertrauen Sie meiner alten Erfahrung, wenn ich Ihnen sage, daß diese Erfindung, sollte sie sich bewähren, nicht nur mein Lebenswerk, sondern auch manch anderes Werk ruinieren würde. Ich will Sie mit dieser Erklärung nicht jetzt, nicht heute zur Entscheidung auffordern. Sie sollen sich das Gesagte überlegen können. Und wenn Sie sich entschieden haben werden, teilen Sie es mir schriftlich mit oder kommen Sie wieder nach Hannover."

Als Alter die persönliche Frage anschnitt, war dem jungen Ingenieur zuerst der Verdacht gekommen: Der Mann arbeitet mit niedrigen Mitteln, um dich gefügig zu machen. Er hatte als offener Charakter seinem Gegenüber das brüsk ins Gesicht sagen wollen. Doch Alter hatte abgewehrt und weitergesprochen.

Als Thomas dann die schmucklose einfache Erklärung die ernst und fast leidenschaftlos vorgetragen wurde, auf sich einwirken ließ, da empfand er, daß hier doch nicht der Geschäftemacher, nicht der Fabrikant, sondern der Vater für die Tochter sprach. Unter diesem Einduck der Worte streckte er dem Manne impulsiv die Hand entgegen

„Ich danke Ihnen, Herr Alter, für diese Worte. Sie sollen nicht verschwendet worden sein. Ich brauche nun keine Bedenkzeit mehr. Auch Ihre Werke sollen meine neue Maschine bauen, und ich hoffe, daß ich zu diesem Entschluß die Genehmigung der Turmach-Werke erhalten werde."

„Thomas, Junge! So habe ich mich doch nicht in dir getäuscht!"

Befreit atmete Alter auf, weniger noch der Zusage wegen, sondern weil er nun wußte, daß der Jüngere seiner Erklärung nicht den falschen Sinn unterlegt hatte.

„Und nun feiern wir Verlobung. Vorausgesetzt, daß du das Mädel noch magst!" fügte er schmunzelnd hinzu.

Da war nun Thomas an der Reihe, ein glückliches Gesicht aufzusetzen. Er warf die halb gerauchte Zigarre in den Becher, eilte durch die Tür und traf im Nebenzimmer auf die alte Emma, die er bald umgerannt hätte. Glücklich heischte er Auskunft:

„Wo ist meine Braut?"

Verständnislos sah ihn die Alte an.

„Ach jo! Wo ist Eva? Das ist sie nämlich."

(Fortsetzung folgt.)

Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich.
Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 3.—, wöchentlich Zloty —.75; Ausland: monatlich Zloty 6.— jährlich Zloty 72.—. Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Gr., im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H.
Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel.
Hauptschriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe.
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Otto Heike
Druck: «Prasa» Lodz. Petrikauer 101

Lodzer Tageschronik.

Verschärfung der Lage bei „Gentleman"

In dem bereits die zweite Woche andauernden Streik in der Gummiwarenfabrik „Gentleman" ist gestern eine neue Verschärfung der Lage eingetreten. Und zwar hatte der in Lodz weilende Vertreter des Verbandes der Arbeiter der chemischen Industrie an die Fabrikleitung die Forderung gestellt, die Fabrik sofort wieder in Betrieb zu setzen, alle Arbeiter wieder einzustellen und ihnen den Lohn für den eintägigen Proteststreik am 8. Juli zu bezahlen. Die Firmenleitung lehnte diese Forderungen jedoch entschieden ab und erklärte außerdem, daß sie mit den Vertretern nicht eher verhandeln werden, bis die Arbeiter nicht die Fabrik verlassen werden. Diese Stellungnahme der Fabrikleitung hat unter den Arbeitern Empörung ausgelöst. Trotzdem ist der Arbeitsinspektor bemüht, einen Weg zur Beilegung des Konflikts zu finden. (a)

Teilweise Beilegung des Malerstreiks.

Wie berichtet, streiken in Lodz seit drei Wochen die Maler und Lackierer, die eine Lohnerhöhung fordern. Gestern ist es in diesem Konflikt zu einer teilweisen Einigung gekommen, doch streiken gegen 200 Personen, deren Arbeitgeber die Lohnerhöhung ablehnten, weiter. (a)

Bestrafte Unternehmer.

Gestern behandelte das Strafreferat des Arbeitsinspektorats drei Strafsachen gegen Industrielle. Und zwar wurde im ersten Falle die Firma Isler und Cygan, Senatorska 11, wegen Nichtausführung einer Anordnung mit 300 Zloty Geldstrafe belegt. — Die Besitzerin der Korsettwerkstätte Regina Hirszberg, Nawrot 14, erhielt wegen Beschäftigung von Jugendlichen, ohne ihnen dafür einen Lohn zu zahlen, eine Geldstrafe von 300 Zloty. — Schließlich wurde noch der Samuel Schulz, Rokicinska 13/15 wegen Einhaltung des Lohnes seiner 72jährigen Bediensteten Franciszka Piszchalka bestraft, und zwar mit 500 Zloty Geldstrafe. (a)

Persönliches.

Dr. Josef Weyland, der Amtsarzt der Lodzer Stadtstarostei, ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat seine Amtstätigkeit wieder aufgenommen. Anmeldungen von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Ausgesetzte Kinder.

Im Treppenflur des Hauses Petrikauer 64 wurde ein etwa 4 Wochen altes Kind männlichen Geschlechts ausgesetzt. Das Kind wurde dem städtischen Findelheim zugeführt. — Vor dem Anne-Marienspital in der Rokicinskastraße 15 ließ eine unbekannte Frau ein etwa zwei Jahre altes Mädchen zurück. Nach der Frau sind Nachforschungen angestellt worden. (a)

Kampf mit dem Bettelunwesen.

Angesichts des in der letzten Zeit wieder sehr zugenommenen Bettelunwesens in Lodz wurde der Kampf gegen diese traurige soziale Erscheinung aufs neue verschärft aufgenommen. Es ist in Lodz ein Zwischenorganisationskomitee entstanden, das sich zur Aufgabe gestellt hat, einen speziellen Wohltätigkeitsverein ins Leben zu rufen, der sich in der Hauptsache mit der Bettlerfürsorge befassen wird. Es besteht die Absicht, nach dem Beispiel Warschaus auch in Lodz die Bettlerhilfe auf diese Weise zu regeln, daß Geschäfte oder Privatpersonen, die den Bettlern Beihilfen zukommen lassen, Bons dieses Bettlerhilfsvereins erwerben und diese den Bettlern statt Geld geben. Für diese Bons werden die Bettler dann im Verein unterstützt werden. (a)

Schwerer Unfall eines Landmannes.

In der Brzezinskastraße schlief der Bauer Roman Gubala aus dem Dorfe Lipiny, Kreis Brzeziny, als er des Nachts auf seinen Tonnenwagen fuhr, ein und fiel vom Wagen, und zwar so unglücklich, daß er mit dem Arm unter die Räder geriet. Mit einem Armbruch und einer Gehirnerschütterung wurde er ins Krankenhaus geschafft. (a)

Bei den Wegebauarbeiten in der Spornastraße geriet der Arbeiter Antoni Golinski, wohnhaft Kochanowskistraße 14, zwischen zwei Loren. Dabei wurden ihm mehrere Rippen gebrochen, außerdem erlitt er schwere innere Verletzungen. Es wurde sofort die Rettungsbereitschaft herbeigerufen, die den Golinski in hoffnungslosem Zustande ins Radogoszczer Krankenhaus überführte.

Explosion eines Primuskochers.

Als sich der Polska 5 wohnhafte 32jährige Antoni Skorczynski auf dem Primuskocher Essen zubereiten wollte, erfolgte plötzlich eine Explosion. Skorczynskis Kleider fingen hierbei Feuer und er erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper. Es wurde die Rettungsbereitschaft herbeigerufen, die den Verunglückten in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus überführte. (a)

Selbstmordversuch.

In ihrer Wohnung in der Milastraße 11 unternahm die 22jährige Michalina Nowaczak einen Selbstmordversuch, indem sie ein unbekanntes Gift zu sich nahm. Zu der Lebensmüden wurde die Rettungsbereitschaft gerufen, die sie ins Krankenhaus überführte. (a)

Der Haushaltsplan der Stadt Lodz.

Mit einigen Aenderungen vom Stadtpräsidenten dem Wojewodschaftsamt zur Bestätigung übersandt.

Nach Ubernahme des Amtes durch den neuen Stadtpräsidenten Glazek wurde die Aufmerksamkeit vor allem der Frage des Haushaltsplanes der Stadt für 1935/36 zugewandt. Der seinerzeit vom Regierungskommissar Ing. Wojewodzki aufgestellte Haushaltsplan sah in den Einnahmen Zloty 23 814 182 und in den Ausgaben 21 564 602 Zloty vor, der Ueberschuß betrug also 2 249 562 Zloty. Der Haushalt der städtischen Unternehmen schloß sowohl auf der Einnahme- wie Ausgabenseite mit der Summe von 2 429 223 Zloty ab. Dieser Haushaltsplan wurde bekanntlich im Stadtrat stark abgeändert und schließlich abgelehnt, so daß die Stadtwirtschaft auf Grund des Jahreszwölftels vom vorigen Jahre fortgeführt wurde. Sofort nach Uebernahme seines Amtes ordnete Stadtpräsident Glazek die Ausarbeitung des außerordentlichen Haushaltsplanes an und nunmehr ist der ordentliche Haushaltsplan mit einigen Aenderungen als auch der außerordentliche Plan dem Wojewodschaftsamt zur Bestätigung übersandt worden. Die Aenderungen betreffen die Wiedereinstellung der Subsidien für Theater, Feuerwehr, Freie Hochschule und Pilsudski-Haus, die vom Stadtrat abgelehnt worden waren. Es wird damit gerechnet, daß die Bestätigung des Haushaltsplanes durch die Wojewodschaft schon in nächster Zeit erfolgen wird. (a)

Eine Greisin überfahren.

Gestern wurde in der Sienkiewiczstraße 79 die 72jährige Florentyna Stasiak von einem Auto überfahren. Die Greisin erlitt schwere Verletzungen und wurde von der Rettungsbereitschaft ins Haus der Barmherzigkeit überführt. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

A. Dancer (Zgierska 57), W. Groszkowski (11-go Listopada 15), S. Gorfeins Erben (Pilsudskiego 54), J. Chondzynska (Petrikauer 165), R. Rembielinski (Andrzeja 28), A. Szymanski (Przendzalniana 75).

Einbruch in ein Verkaufsgeschäft bei Plihal

Durch die Decke eingedrungen.

In das Verkaufsgeschäft der Trikotagenfirma Plihal in der Petrikauer 288 wurde vorgestern abend ein dreister Einbruch verübt. Die Diebe gelangten auf den Bodenraum des kleinen Giebelhauses, von wo aus sie ein Loch durch den Fußboden schlugen und in eine darunter gelegene Wohnung gelangten, die an das Plihalsche Geschäft grenzt. Der Besitzer der Wohnung war nicht zu Hause, was die Einbrecher wahrscheinlich genau wußten. Von hier aus schlugen sie eine Oeffnung in die Wand des Geschäfts und gelangten auf diese Weise in dasselbe. Hier packten sie verschiedene Sachen in Bündel zusammen, um sie dann wegzuschaffen. Die Diebe wurden jedoch in dem Geschäft bemerkt und man schlug Alarm, was die Diebe veranlaßte, die Flucht zu ergreifen. Obzwar man ihre Verfolgung aufnahm, gelang es ihnen doch, zu entkommen. (a)

Bestrafter Tierquäler.

Vor dem Lodzer Stadtgericht hatte sich gestern der Geflügelhändler Szaja Federman, Wolborska 24, wegen Tierquälerei zu verantworten. Und zwar stellte der Inspektor des Tierschutzvereins im Juni d. J. fest, daß Federman mit Gänsen in unmenschlicher Weise umging, diese aus großer Höhe herabgeworfen werden, wobei sie vielfach die Glieder brachen und dann in enge Kisten gesperrt wurden. Auch die Schlachtung wurde in einer für die Türe sehr qualvollen Weise durchgeführt. Das Urteil für Federman lautete auf 100 Zloty Geldstrafe. (a)

Aus dem Reiche.

Die erste Bergseilbahn in Polen.

Wie man erfährt, sollen die Verhandlungen über den geplanten Bau der ersten Drahtseilbahn in Polen jetzt endlich zu einem befriedigenden Ende geführt werden. Die Bahn wird von Zakopane-Kuznica aus auf die Kasprowy-Spitze führen. Der Bau soll in den nächsten Wochen in Angriff genommen werden, und zwar von einer ausländischen Firma, die auch die Exploitierung der Bahn erhalten soll.

Die Warschauer Kindesmörderin verhaftet.

Wir berichteten vor einigen Tagen von einem schändlichen Verbrechen, das in Warschau von einer jungen Frau begangen worden war. Diese hatte in einem Park einen Kinderwagen mitsamt dem Kinde gestohlen, den Wagen für 17 Zloty verkauft und das Kind dann in einen Wassergraben geworfen, wo es ertrank. Als Täterin ermittelte die Polizei bald darauf eine gewisse Janina Szymczak, Borakowska 22 wohnhaft, der es aber bei der Verhaftung zu fliehen gelang. Die Polizei verfolgte aber ihre Spur und konnte sie vorgestern bei ihrer Mutter im Dorfe Sonsk im Kreise Ciechanow festnehmen. Anfangs leugnete sie die Tat, gab aber schließlich zu, diese aus Haß verübt zu haben. Die Polizei ist dabei, festzustellen, welche Motive die Frau zu diesem scheußlichen Verbrechen geführt haben mögen.

Zgierz. Im Walde erhängt. Im Walde Okrenglik bei Zgierz wurde in der Nähe der nach Konstantynow führenden Chaussee eine an einem Baume hängende Mannesleiche aufgefunden. Es handelt sich um einen etwa 40jährigen Mann. Der Tote hatte keinerlei Papiere bei sich, außer einem Zettel in der Tasche, auf welchem geschrieben stand: „Nun ade du Welt!" Die Leiche hatte schon mehrere Tage im Walde gehangen. Wie wir erfahren, handelt es sich um den Bruno Maß aus dem Dorfe Teofilow, Gemeinde Radogoszcz.

Sport.

Amerika unterliegt 5:0.

Das Finale um den Davispokal endete mit einer hohen Niederlage Amerikas von England.o Am gestrigen letzten Tage besiegte Austin den Amerikaner Budge 6:2, 6:4, 6:8, 7:5 und Perryo Allison 4:6, 6:4, 7:3, 6:3. Amerika unterlag England somit 5:0.

Heute Polen — Rapid.

Heute findet in Warschau ein Repräsentationsspiel zwischen einer Auswahlmannschaft von Polen und dem Meister von Oesterreich, Rapid, statt. Die Spieler, die heute im polnischen Team mitwirken, haben wir bereits in der Montagausgabe genannt. Es wird dies die stärkste Mannschaft sein, über die Polen augenblicklich verfügt.

Concordia protestiert.

Bekanntlich hat die Petrikauer Concordia am Sonntag gegen die Pabianicer Burza im Kampf um den Aufstieg in die Lodzer A-Klasse 1:0 verloren. Concordia protestiert nun gegen einige Entscheidungen, die der Schiedsrichter angeblich auf Verlangen der Pabianicer Spieler getroffen hat, die in der Folge zugunsten der Burza ausfielen.

Radio-Programm.

Donnerstag, den 1. August 1935.

Warschau-Lodz.

6.36 Gymnastik 6.50 Schallplatten 12.15 Brahms C-Moll-Sinfonie 13 Für die Frau 13.05 Kleines Orchester 13.30 Aus Operetten 15.30 Kammermusik 16 Erzählung für die Kinder 16.15 Solistenkonzert 17 Für die Sommerfrischler 18.15 Ganz Polen singt 18.45 Opern-Phantasien 19.30 Geigenwerke 19.50 Aktuelle Plauderei 20 Briefkasten 21 Gesang 21.30 Hörspiel: Fräulein Doktor 22 Sport 22.10 Orchesterkonzert.

Kattowitz.

18.45 Violinmusik 19.05 Schallplatten 19.30 Wie Warschau.

Königswusterhausen.

6.30 Morgenmusik 8.20 Ständchen 12 Musik zum Mittag 14 Allerlei 16 Musik im Freien 19 Und jetzt ist Feierabend 20.10 Operettenmusik 21.10 Hörfolge für kleine Gärtner 23 Zeitgenössische Musik

Breslau.

9 Konzert 12 Konzert 15.30 Kinderfunk 17 Konzert 19 Unterhaltungskonzert 20.10 Tausend rote Rosen 23 Zeitgenössische Musik.

Wien.

12 Konzert 14 Schallplatten 15.40 Kinderstunde 19.10 Salzburger Festspiele 22.45 Schallplatten 24.05 Tanzmusik.

Prag.

12.30 Konzert 15 Salonmusik 16.30 Schrammelmusik 21.10 Schweizer Abend 22.30 Tanzmusik.

Schaljapin von Schallplatten.

Heute, um 16.15 Uhr, werden die Rundfunkhörer die schöne Stimme eines der größten Sänger der Gegenwart, Feodor Schaljapin, von Schallplatten zu hören bekommen. Es werden Aarien aus den Opern von Mussorgski und Gluck zum Vortrag gelangen.

Marja Wilkomirska im Chopin-Konzert.

Als Solistin im heutigen Chopinkonzert um 21 Uhr tritt die bekannte Klavierspielerin Marja Wilkomirska auf. Die Künstlerin wird die C-Moll-Sonate, eins der Jugendwerke von Chopin, sowie die Tarantella As-Dur op. 43 spielen.

Szleminska singt Volkslieder.

Die hervorragende Sängerin polnischer Volkslieder Aniela Szleminska tritt heute um 21.40 Uhr vor das Warschauer Mikrophon. Sie wird Volkslieder von Brzozowski, Sikorski und Szymanowski vortragen.

Aus der Wojewodschaft Schlesien.

Oberschlesien.

Gegen die Wahlbeteiligung.

Der Ortsverein Groß-Kattowitz der DSAP und Arbeiterwohlfahrt hat in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung am letzten Freitag zu der politischen Lage Sellung genommen und sich insbesondere über die Beteiligung an den Wahlen ausgesprochen. Das politische Referat hielt Genosse Kowoll, der eingehend darlegte, warum eine Beteiligung unserer Partei an den Wahlen für Warschau und Schlesien nicht in Frage komme. Abgesehen davon, daß die Hauptentscheidung bereits durch die Stellungnahme der PPS im Sejm und ihre Exekutivorgane gefallen ist, so sprechen für uns als deutsche Minderheit auch noch örtliche Umstände mit, die die Ablehnung der Wahlbeteiligung zur Notwendigkeit machen. Immer wieder muß betont werden, daß von freien Wahlen nicht gesprochen werden kann, daß die Stimmen einer Partei zugute kommen, die wir als Regierungsinstanz von maßgebendem Einfluß auf die Staatsgeschicke ablehnen, und so würde irgendeine aktive Anteilnahme an den Wahlen eine Vertrauenskundgebung für das herrschende System in Polen sein. Gen. Kowoll ging dann auf die weltpolitische Situation über, die jetzt auch Länder erfasse, von denen man sagte, daß dort der Sozialismus für immer ausgerottet sei. Dem Referat folgte eine lebhafte Aussprache, die sich auch auf Parteifragen bezog, insbesondere die Haltung der sozialistischen Stadtverordneten. Die Ortsgruppe sprach sich für reinliche Scheidung aus, mit welcher Aufgabe der Ortsvorstand beauftragt wurde. Nach verschiedenen Anregungen wurde dann die Versammlung mit dem Freiheitsgruß geschlossen.

Kommt die Reduktion von 250 Arbeitern auf Schlesiengrube?

Schon seit Wochen besteht zwischen Belegschaft und Verwaltung der Schlesiengrube ein Konflikt um die Entlassung von 250 Arbeitern auf Schlesiengrube bei Chropaczow, die dem Fürsten Donnersmarck gehört. Bekanntlich mußten diese Industrieunternehmungen schon einige Werke schließen, unter anderem auch die Guidottozinkhütte stillegen, was nicht ohne Auswirkung auf die Kohlengruben dieser Werke blieb. Bald darauf beantragte die Verwaltung die Entlassung von 250 Arbeitern aus der Schlesiengrube, nachdem vorher schon mehrfach Turnusse eingesetzt wurden. Bis vor einigen Tagen blieb der Streit unentschieden, jetzt hat der Demobilmachungskommissar die Grube nach ihrer Wirtschaftlichkeit hin überprüft und wird in den nächsten Tagen seine Entscheidung treffen, ob er zu der Entlassung die Zustimmung erteilen soll. Es ist ja möglich, daß noch irgendein Kompromiß gefunden wird, was nicht ausschließt, daß dennoch wieder einige hundert Arbeiter teils entlassen werden, teils wieder auf längeren Turnus gehen, was doch schließlich auch nichts anderes, als Arbeitslosigkeit bedeutet.

Beuthen braucht Geld!

„Also kauft Registermark und besucht Beuthen, dann könnt ihr trotz der großen Pleite im Dritten Reich, ein Riesen-Brillantfeuer erleben, verbunden mit einem Flugtag und sportlichen Veranstaltungen." So wenigstens berichtet die deutschoberschlesische Presse, daß an bestimmten Sonntagen den Polnisch-Oberschlesiern Gelegenheit geboten wird, Beuthen zu besuchen, wenn es ruft! Die Reichsbank ist so gnädig, zu gestatten, daß auf braune Verkehrskarten pro Person und Tag je 10 Registermark für 12 Zloty erwoben werden können, damit der Spaß für die deutschen Brüder aus Polen etwas billiger wird. Doch der aufmerksame Beobachter weiß, daß heute in Beuthen nichts mehr zu holen ist und er sich in Polen für seine Zlotys mindestens das Gleiche wie in Beuthen leisten kann.

Mißlungene Erpressung.

Dieser Tage erhielt ein bekannter Kaufmann in Chorzow durch einen jungen Menschen ein Schreiben zugestellt, in welchem er aufgefordert wurde, an einer bestimmten Ecke an ein Mädchen den Betrag von 150 Zl. auszuhändigen, andernfalls er es mit den Zollbehörden zu tun bekommen werde, da sich in seinem Warenlager geschmuggelte Sachen befinden. Da sich der Kaufmann in keiner Hinsicht schuldig fand und in diesem Schreiben den Versuch einer Erpressung sah, übergab er den Brief der Polizei, die sofort die erforderlichen Schritte einleitete. Der Schreiber ist in einem gewissen Josef Chromik aus Chorzow ermittelt worden, der auch seine Täterschaft zugab, später konnte auch der Junge ermittelt werden, der auf Veranlassung des Ch. den Brief an den Kaufmann überbrachte. Ch. wurde festgenommen, die Polizei glaubt, durch diesen Vorfall auch einer anderen Affäre auf die Spur gekommen zu sein.

Wirb neue Leser für dein Blatt!

Tagesneuigkeiten.

Uebermut tut selten gut. Der Arbeiter Erich Kornas wollte seinen Freunden bei den Reparaturarbeiten der Kirche in Rydultau seinen Mut beweisen und ließ sich an einem Tau, welches zur Beförderung von Baumaterialien bestimmt war, von seinem Mitarbeiter in die Höhe ziehen. In etwa 7 Meter Höhe riß das Tau und Kornas fiel auf eine steinerne Treppe und verletzte sich derart schwer, daß er ins Spital überführt werden mußte. Wie es heißt, zog er sich schwere innere Verletzungen zu, die ihn für längere Zeit arbeitsunfähig machen werden.

Für 10 000 Zloty Bijouterien gestohlen. In der Nacht zum Dienstag wurde in das Juweliergeschäft von Pinkesfeld in der Wolnoscistraße 36 in Chorzow ein großer Einbruch verübt, indem unbekannte Täter die Eingangstür erbrachen und auch verschiedene Schränke, wobei ihnen neben Gold- und Silbersachen auch kostbare Bijouterien in die Hände fielen, deren Wert auf etwa 10 000 Zloty geschätzt wird. Die Polizei nahm die Verfolgung auf, aber bisher fehlt von den Einbrechern jede Spur.

8 Monate Gefängnis wegen Gotteslästerung.

Vor dem Chorzower Burggericht hatte sich dieser Tage ein gewisser Julius Weimann aus Chropaczow zu verantworten, der angeblich im angetrunkenen Zustande am 11. März in Chorzow sich auf offener Straße sehr abfällig über Kirche und Religion geäußert haben soll. Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß er am besagten Tage unter dem Eindruck des Alkohols stand und nicht weiß, was er gesagt haben soll, jedenfalls sich der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt war. Die Zeugen belasteten den W. sehr, so daß das Gericht Weimann für überführt hielt und ihn zu 8 Monaten Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist verurteilte, wobei ihm der angetrunkene Zustand als strafmildernd anerkannt wurde.

Kattowitz. Bauchtyphus. Wie die polnische Presse zu berichten weiß, ist am Sonnabend bei einer Erkrankung einer Frauensperson auf der Ratiborer Straße Bauchtyphus festgestellt worden. Der Kreisarzt ordnete die sofortige Ueberführung der Frau ins städtische Spital an und es sind auch sofort Maßnahmen getroffen worden, um den Krankheitsherd zu isolieren. Inzwischen sind aber weitere 18 Fälle aus der nächsten Umgebung festgestellt worden, die alle ins Spital überführt wurden. Es scheint also durch besondere Umstände in der Ratiborer Straße eine richtiggehende Epidemie ausgebrochen zu sein. Die Behörden sind bemüht, die Angelegenheit zu lokalisieren.

Bismarckhütte. Bauunglück. Beim Betreten einer frischen Wölbung mit einer größeren Ziegellast auf einem Neubau in der Krakauer Straße ging die Decke zubruch, wobei zwei Bauarbeiter schwere Verletzungen davontrugen, so daß sie ins Lazarett überführt werden mußten. Es handelt sich um die Baugehilfen Oskar Hildebrand und Edmund Schottek, deren Zustand indessen nicht lebensgefährlich ist.

— Ein gestohlenes Motorrad wiedergeholt. Als der Sergeant Stebel vom 75. Infanterieregiment für kurze Zeit sein Motorrad vor dem Bahnhof stehen ließ, um im Warteraum eine Angelegenheit zu erledigen, war seine Ueberraschung groß, als er herauskam und das Motorrad nicht mehr vorfand. Geistesgegenwärtig nahm er sofort eine Autotaxe mit einem Polizisten und begab sich auf den Weg nach Chorzow, wo man den Dieb vermutete. Tatsächlich gelang es ihnen, den Dieb zu stellen, der allerdings keine Anstalten machte, vom Motorrad herunterzusteigen, sondern weiter fuhr in der Annahme, daß es ihm gelingen wird, zu entfliehen. Schließlich sprang er vom Motorrad, das weiterfuhr, und versuchte zu fliehen, wurde aber von dem Polizeibeamten gestellt und aufs Polizeikommissariat gebracht. Es handelt sich um einen gewissen Friedrich Göring aus Chorzow.

Nikolai. Zeichen der Zeit. Die Plesser Zwangsverwaltung hat dieser Tage einen Erdbewohner auf der Notschachtanlage der Susannakolonie aufgefordert, seine Höhlenwohnung innerhalb von 7 Tagen zu räumen, da sie sonst seine Entfernung durch die Behörden durchsetzen müsse. Der ehemalige Stadtverordnete und Vorstandsmitglied der Sanacjagewerkschaften wurde vor längerer Zeit aus der Arbeit entlassen und konnte auch die Miete nicht mehr aufbringen, so daß er aus der Wohnung gesetzt wurde. Da er nirgends als Arbeitsloser Aufnahme fand, baute er sich besagte Erdhöhle als Wohnung aus, in der er seit einigen Monaten haust. Aber auch hier will man ihn nicht in Frieden lassen, sondern fordert, daß er zu „räumen" habe. Wohin dieser Mann samt seiner Familie soll, der sich redlich Mühe gab, vorwärts zu kommen, darüber zerbricht sich die Plesser Zwangsverwaltung nicht den Kopf. Die bürgerliche Presse weiß nur zu berichten, daß besagter Alois Graca alle politischen Richtungen durchgelaufen ist, ohne zu untersuchen, wie oft man ihn zum Gesinnungswechsel zwang Soweit wir wissen, war er deutscher Sozialist und als er bei den Plesser Gruben Arbeit fand, wurde er Mitglied der deutschen Stadtverordnetenfraktion, um dann um des Brotes willen wieder bei den Sanatoren zu enden. Auch hier fand er sein Glück nicht und endete schließlich in der Erdhöhle. Wer ist nun schuldig? Graca oder die gottgewollte Weltordnung, die solche Zustände als selbstverständlich hinnimmt?

Bielitz-Biala u. Umgebung.

Sitzung des Bialaer Gemeinderates.

Donnerstag voriger Woche trat der Bialaer Gemeinderat während seiner Ferien wieder zu einer Sitzung zusammen, um insbesondere einen außerordentlichen Haushaltsplan für 1935/36 zu beschließen. Es sind viele dringende Arbeiten zu tätigen, die früher oder später doch gemacht werden müßten. Die außerordentlichen Ausgaber lauten auf 230 000 Zloty. Davon sind 100 000 Zloty für den Ausbau der Kühlanlagen im städtischen Schlachthaus vorgesehen, 100 000 Zloty sollen für die Kanalisation der Sajbuscher Straße Verwendung finden, 30 000 Zloty sollen für die Errichtung eines Halteplatzes für Fuhrwerke, welcher unterhalb der Alznerstraße oder gegenüber dem jüdischen Friedhof errichtet werden soll, bestimmt sein. Die außerordentlichen Einnahmen lauten ebenfalls auf 230 000 Zloty, und zwar beständen sie aus einner Hypothekenanleihe bei der Bialaer Sparkasse, 90 000 Zloty sollen in Form einer Anleihe beim Arbeitsfonds in Warschau aufgenommen werden, dieser Betrag soll für die Kanalisationsarbeiten bei der Sajbuscher Straße verwendet werden, hierzu muß allerdings die Stadt 10 000 Zloty aus Eigenem aufbringen und 30 000 werden als Darlehen beim Arbeitsfond aufgenommen.

Von seiten des sozialistischen Gemeinderatsklubs ergriff Genosse Pysz das Wort und erklärte, daß der Klub für diese Vorlagen stimmen werde, jedoch nur unter der Bedingung, wenn die Baracken für Obdachlose noch rechtzeitig vor dem Winter fertiggestellt sein werden. Er verlangt weiter, daß sich die Gemeinde um eine größere Anleihe beim Arbeitsfond bemühen solle, da doch auch Bielitz einen größeren Betrag erhalten hatte, und verlangt, daß endlich einmal die Lipniker Straße anständig hergerichtet würde. Der Gemeinderat beschloß hierauf einstimmig das ordentliche wie das außerordentliche Budget für 1935/36 wie auch das außerordentliche Budget für die städtischen Unternehmungen.

Zum Schluß der Sitzung wollte der sozialistische Gemeinderatsklub eine Erklärung betreffs der Stellungnahme de Partei zu den kommenden Wahlen verlesen. Der Bürgermeister ließ die Verlesung dieser Erklärung jedoch nicht zu. Daraufhin übergab der Klub die Erklärung schriftlich dem Bürgermeister, in welcher sie mitteilen, daß sich die sozialistische Partei an den kommenden Wahlen nicht beteiligen werde.

Tagesneuigkeiten.

Lastauto karamboliert mit Wagen. Am 26. d. M. fuhr ein Lastauto mit der Nr. Sl. 11 702 auf der Wojewodschaftsstraße in Dziedzice auf ein Fuhrwerk auf, wobei das Pferd verletzt und auch der Wagen ruiniert wurde. Der Fuhrmann, ein gewisser Broll, erleidet einen Schaden von 400 Zloty. Die Erhebungen sind eingeleitet worden.

In eine Restauration bestohlen. Der Dreher Swiatlon Josef aus Biala meldete der Bielitzer Polizei, daß er am Sonntag in der Restauration „Strzelnica" in Bielitz bestohlen wurde. Man entwendete ihm die Brieftasche mit verschiedenen Dokumenten und 140 Zloty Bargeld.

Ein Max- und Moritz-Bubenstreich. Die Polizei erstattete gegen den 18 Jahre alten Schlosserlehrling Richard Wiesner aus Dziedzice die Anzeige, weil er zum 1. Mai d. J. aus Böswilligkeit den Kamin des Hauseigentümers Anton Sulkowski in Dziedzice verstopfte. Als die Einwohner zu feuern anfingen, drang der Rauch in die Wohnungen und es hätten dadurch noch größere Unannehmlichkeiten entstehen können.

Nikelsdorf. Ausflug am Olgablick. Nachdem der vergangene Sonntag verregnet war, veranstaltet der ASV „Eintracht" am kommenden Sonntag, dem 4. August, sein Waldfest am Olgablick. Alle Genossen und Feunde sind herzlichst eingeladen.

Wiesenfest des Arbeiter-Turn- und Sportvereines „Vorwärts" in Bielsko.

Sonntag, den 4. August, 2 Uhr nachmittags, veranstaltet obiger Verein ein Wiesenfest auf dem Arbeiterheim-Bauplatz in Alt-Bielitz, unweit der katholischen Kirche. Mit turnerischen Vorführungen, Belustigungen aller Art und der bestens bekannten Turnerkapelle ist für gute Unterhaltung gesorgt. Alle Genossen und Freunde des Vereins werden herzlichst eingeladen